

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

eine **unseriöse Showpolitik**, die an den Problemen des Landes vorbeigeht – das werfen wir FREIE WÄHLER dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder vor. Wer wenige Monate vor der Wahl einen Wahlkampfhaushalt von 1,5 Milliarden Euro rauspulvert und dazu eine Milliarde aus den Rücklagen entnimmt, der ist ein politischer Hasardeur und darf dieses Land nicht alleine regieren.

Es ist verantwortungslos – etwa für ein bayerisches Weltraumprogramm „Bavaria one“ und für eine „Bayerische Kavallerie“ – hunderte Millionen Euro auszugeben, nebenher noch die letzten Eon-Anteile zu verscherbeln, aber keinen Gedanken darauf zu verwenden, wie die Finanzierung der Kommunalstraßen nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge laufen soll und wie auch Bayern die Kitagebühren abschaffen kann. Die Menschen in Bayern sehen zunehmend, dass den großen Worten der CSU in der Asylpolitik keine Taten folgen und Bayern selbstverschuldet zu wenig Abschiebehaftplätze und zu wenig Asylrichter hat.



Dr. Karl Vetter, MdL
gesundheitspolitischer Sprecher

Es ist deshalb folgerichtig, dass die Unzufriedenheit mit dem Showgehabe der Bayerischen Staatsregierung von der Bevölkerung auch geäußert wird. Eine aktuelle Umfrage zeigt: Nur 38 Prozent der Bayern sind mit der Arbeit des Ministerpräsidenten zufrieden, 56 Prozent dagegen weniger zufrieden oder unzufrieden. Wir FREIE WÄHLER fordern von Söder einen politischen Kurswechsel: **Schluss mit Größenwahn, dafür eine bodens-tändige Politik für Heimat und Mittelstand!**

R ü c k b l i c k

Peter Meyer ist am Mittwoch von Ministerpräsident Markus Söder mit dem **Bayerischen Verdienstorden** ausgezeichnet worden. Für uns FREIE WÄHLER leistet Peter Meyer als Abgeordneter und Experte für Fragen des öffentlichen Dienstes hervorragende Arbeit. Auch als Vizepräsident des Bayerischen Landtags hat er sich große Anerkennung erworben. Sowohl durch seine jahrelange Tätigkeit als Gemeinde- und Kreisrat als auch ehrenamtlich setzt sich Peter Meyer mit großem Engagement für die Menschen in seiner oberfränkischen Heimat und im ganzen Freistaat ein. Das verdient eine besondere Würdigung. Der Bayerische Verdienstorden ist eine Auszeichnung, die Peter Meyer mit vollem Recht zusteht: Mit seiner Arbeit im Landtag trägt er zum Erfolg des Parlaments als Verfassungsorgan bei – und das stets in sehr humorvoller und ausgleichender Art. Dadurch hat er sich über Fraktionsgrenzen hinweg größten Respekt und höchste Anerkennung erworben. Der Bayerische Verdienstorden wird als Zeichen ehrender und dankbarer Anerkennung für hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk verliehen.

Von den etwa 35.000 Tierarten, die in Bayern vorkommen, ist fast jede zweite gefährdet. In der Aktuellen Stunde „**Handeln statt warten – für wirksamen Artenschutz**“ haben wir uns dafür eingesetzt, dass das "Eh da-Konzept" Teil der bayerischen Biodiversitätsstrategie wird. Statt jahrelang über große Schutzgebiete zu streiten, sollten wir beim Artenschutz kleine, effektive Maßnahmen vorantreiben, die schnell umgesetzt werden können. Für uns FREIE WÄHLER ist dabei das "Eh da-Konzept" von zentraler Bedeutung: Ungenutzte Flächen lassen sich mit einfachen Mitteln zu Lebensräumen für Wildbienen und andere Insekten umgestalten. Rund fünf Prozent der Flächen in Bayern kommen dafür infrage. Die Staatsregierung muss endlich mit anschieben, um diese Idee im Freistaat zu verbreiten – und das "Eh da-Konzept" Teil der bayerischen Biodiversitätsstrategie werden.

Seit Beginn des Schuljahres 2005/2006 wurde der Zeitpunkt für den Eintritt in die Schulpflicht durch **Verschiebung des Einschulungstichtags** vom 30. Juni auf den 31. Dezember schrittweise vorverlegt, sodass Kinder immer früher schulpflichtig wurden. In der Praxis hat sich aber gezeigt, dass ein zu früher Einschulungszeitpunkt oft negative Auswirkungen auf die gesamte Schulkarriere von Kindern hat. Wir FREIE WÄHLER haben die

Staatsregierung deshalb aufgefordert, wieder eine rechtliche Möglichkeit zur späteren Einschulung zu schaffen. Primäres Ziel der Verschiebung des Stichtags war es, Voraussetzungen für einen früheren Eintritt in das Berufsleben zu schaffen. Dieses ohnehin diskussionswürdige Ziel wurde jedoch verfehlt. Um der individuellen Entwicklung des Kindes stärker Rechnung tragen zu können, möchten wir den **Einschulungsstichtag wieder auf den 30. Juni zurückverlegen**. Zudem plädieren wir FREIE WÄHLER für einen **Einschulungskorridor vom 1. Juli bis 30. September**. In diesem Zeitfenster gilt dann die Entscheidung der Eltern. Sie sind diejenigen, die die Entwicklung ihres Kindes und dessen Schulfähigkeit am besten beurteilen können.

Ob Grunderwerbsteuer-Freibetrag oder die Abschaffung der kalten Progression: Seit unserem Einzug in den Bayerischen Landtag machen wir FREIE WÄHLER uns für Steuererleichterungen stark. Mit einem Dringlichkeitsantrag im Plenum des Bayerischen Landtags fordern wir einmal mehr die **ersatzlose Streichung des Solidaritätszuschlags**. Wir haben die Staatsregierung aufgefordert, sich gegen die Fortführung des Solis auszusprechen. Schließlich ist er als zeitlich befristeter Zuschlag auf die Einkommensteuer eingeführt worden – verbunden mit dem politischen Versprechen, dass der Zuschlag entfiele, sobald der Zweck erfüllt ist. Würde der Zuschlag in anderer Form weitergeführt, käme dies einer verdeckten Steuererhöhung gleich – das Vertrauen der Bürger wäre zu Recht erschüttert. Wir FREIE WÄHLER fordern daher die ersatzlose Streichung des Solidaritätszuschlags – ohne Taschenspielertricks bei der Abschaffung. Der Soli ist schon seit Jahren kaum noch zu rechtfertigen. Bis 2020 werden sich die Soli-Einnahmen wohl auf einen Gesamtbetrag von über 325 Milliarden Euro aufaddiert haben. Damit übersteigen die Einnahmen aus dem Zuschlag mittlerweile deutlich die Ausgaben der Transferleistungen für die östlichen Bundesländer. Deshalb ist der Zuschlag schon heute – zumindest teilweise – nicht mehr darstellbar. Die besonderen Transferleistungen für die östlichen Bundesländer laufen 2019 aus und auch der Länderfinanzausgleich muss bis 2019 neu geregelt werden.

Der Freistaat lässt die engagierten Ehrenamtlichen im **Tierschutz** seit Jahren im Stich, denn viele Tierheime in Bayern sind chronisch unterfinanziert. Besonders akut wird dieses Problem, wenn Bau- oder Sanierungsmaßnahmen anstehen. Andere Bundesländer gewähren Zuschüsse für Investitionen, Bayern muss dringend nachziehen. Zudem fordern wir FREIEN WÄHLER schon lange einen staatlichen Fonds für Tierschutz-Notfälle wie

Welpenschmuggel oder krankhaftes Tiersammeln. Die CSU-Mehrheit im Landtag hat bislang jedoch alle Versuche, Verbesserungen beim Tierschutz zu erreichen, eiskalt abgeschmettert.

Die Gefahr, die vom **umstrittenen Fracking** ausgeht, ist im Freistaat noch immer nicht gebannt. Davor warnten wir FREIE WÄHLER am Donnerstag im Umweltausschuss des Bayerischen Landtags. Wegen einer Gesetzeslücke im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) sind beim Fracking noch immer unterirdische Sprengungen und biologische Auslaugung von Rohstoffen erlaubt. Wir FREIE WÄHLER sehen dadurch das Trinkwasser und somit auch die fast 150 Mineralbrunnen und 570 Brauereien in Bayern in Gefahr. Deshalb haben wir die Staatsregierung mit einem Antrag aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der §9 des WHG entsprechend geändert wird. Unser Ziel ist es, Fracking künftig auch mittels unterirdischer Sprengungen sowie zur Gewinnung von Metallen zu verhindern. Diesem Antrag hat der Umweltausschuss des Landtags am Donnerstag zugestimmt. Die Entscheidung ist ein wichtiges Signal – auch in Richtung EU. Solch gravierende Eingriffe in unsere Wasserreserven sind für uns nicht hinnehmbar, denn Experten warnen bereits vor sogenannten „Ewigkeitsschäden“. In Polen wird mit EU-Geldern daran geforscht, mittels Biolaugung, also mithilfe chemischer Stoffe und Bakterien, Metalle aus dem Untergrund zu fördern. Allein die Erforschung dieser Technik kann verheerende Folgen für unsere Umwelt haben. Alle Bürger Bayerns und Deutschlands haben ein Recht auf reines Wasser.

Vor fünf Jahren veräußerte der damalige Finanzminister Söder leichtfertig 33.000 **GBW-Wohnungen** an ein privates Unternehmenskonsortium statt an die bayerischen Kommunen. Als Ministerpräsident will er nun 10.000 Wohnungen von einer eigens dafür neu gegründeten staatlichen Wohnungsbaugesellschaft errichten lassen. Das deckt bei Weitem nicht den Bedarf der bayerischen Landeshauptstadt und geht auf Kosten unserer kommunalen Wohnungsbaugesellschaften – es ist ein billiger Wahlkampf-schlager. Wir FREIEN WÄHLER fordern stattdessen eine bessere Zusammenarbeit von Stadt und Umland. So könnten München und andere bayerische Großstädte ihren Umlandgemeinden bei den Erschließungskosten helfen, wenn diese neue Wohngebiete genehmigen. Wohnen auf dem Land – insbesondere im Umfeld der Metropolstädte – muss attraktiver werden.

**Abgeordnetenbüro Dr. Karl Vetter
Altenstadter Straße 1
93413 Cham**

Tel.:09971/85510

E-Mail: presse@dr-karl-vetter.de